

Legenden und Fakten Deutschland vierzehn Jahre nach der Vereinigung

Klaus Schroeder

Mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 endete faktisch die deutsche Teilungsgeschichte. Eine breite Mehrheit der Ostdeutschen ging mit hohen Erwartungen und Ansprüchen in den Vereinigungsprozeß, von dem sie sich eine schnelle Angleichung an das westdeutsche Wohlstands- und Lebensniveau versprach. Doch auf die Euphorie der ersten Jahre folgte der Katzenjammer, als etwa Mitte der neunziger Jahre der materielle Angleichungsprozeß schleppender verlief bzw. ins Stocken geriet. Inzwischen bewertet eine größer werdende Zahl in Ost und West die Vereinigung eher als Verlust denn als Gewinn. Dabei scheint es freilich geradezu kennzeichnend, daß die Beurteilung des Vereinigungsprozesses weniger auf nachprüfbaren Fakten als auf Vorurteilen und Fehlwahrnehmungen beruht. In dieser Gemengelage von Erwartungen und Sehnsüchten, von Hoffnungen und Enttäuschungen, von Ansprüchen und Leistungsbereitschaft fällt ein klares Urteil schwer. Nachfolgend soll der Versuch unternommen werden, in einer kurzen Skizze die wesentlichen Ergebnisse des Vereinigungsprozesses zusammenzufassen und zu bewerten. Dabei steht fest, daß nachwirkende Prägungen jahrzehntelanger unterschiedlicher Sozialisation ebenso wie die Erfahrungen der letzten vierzehn Jahre berücksichtigt werden müssen.

Ausgangslage

Bei der Beurteilung des Vereinigungsprozesses wird zumeist die Ausgangslage überhaupt nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. Dabei waren die beiden deutschen Teilgesellschaften nach 45jähriger Trennung in vielerlei Beziehung fundamental verschieden. Für die Bevölkerungsmehrheit in Ost und West wurde der Wettbewerb der Gesellschaftsordnungen, in die beide Staaten während des Kalten Krieges in vorderster Front einbezogen waren, zuallererst auf wirtschaftlichem und sozialem Feld ausgetragen. Die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik erwies sich der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft der DDR eindeutig überlegen und schuf damit auch die Grundlagen für soziale Leistungen, die die der DDR um ein Vielfaches übertrafen.¹

Entgegen der Wahrnehmung vieler westdeutscher „DDR-Experten“² erreichte die DDR gemessen an der Wirtschaftskraft im Jahre 1989 gerade einmal ein Drittel des westdeutschen Niveaus, was in etwa dem Zustand der Bundesrepublik Ende der fünfziger Jahre entsprach. Noch deutlicher stellt sich die Überlegenheit der westdeutschen Wirtschaft dar, wird die Produktivität betrachtet. Die DDR schaffte hier allenfalls ein Viertel der westdeutschen Vorgaben.³ Das niedrigere Produktivitätsniveau konnte der ostdeutsche Teilstaat nur durch einen wesentlich höheren Beschäftigungsgrad und eine höhere Jahresstundenarbeitszahl kompensieren. Trotz dieses erhöhten Arbeitseinsatzes

¹ Vgl. für einen Gesamtüberblick zur Geschichte der DDR und der Bundesrepublik: Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 1999 und Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft. München 1998.

² Vgl. Schroeder, Klaus/Staad, Jochen: DDR-Forschung in der Ära der Entspannungspolitik. In: Leviathan 1/1993, S. 24 ff.

³ Vgl. Schwarzer, Oskar: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945–1989). Stuttgart 1999.

blieb das Ergebnis eher bescheiden; die durchschnittliche Kaufkraft der Haushalte erreichte nur knapp fünfzig Prozent des westdeutschen Niveaus. Das entsprach, bezogen auf eine vierköpfige Familie im Jahre 1989, in etwa den durchschnittlichen Sozialhilfeleistungen in einer bundesdeutschen Großstadt.

Beide deutsche Teilstaaten verfügten über ein ausgebautes Netz sozialer Leistungen, das sich nicht zuletzt der Konkurrenzsituation verdankte. Die alte Bundesrepublik hat gerade auf diesem Feld die Herausforderung der SED-Führung angenommen, die seit den siebziger Jahren die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ als (vermeintlich) entscheidenden Systemvorteil propagiert hatte. Vor allem die mit und nach der Rentenreform von 1957 einsetzende Dynamisierung von Sozialleistungen hat die westdeutsche Gesellschaft sozial und politisch stabilisiert.⁴ Die Versorgungspolitik der SED gewährte zwar allen Gesellschaftsmitgliedern eine umfassende soziale Absicherung, aber dies nur auf vergleichsweise niedrigem und statischem Niveau. Vor allem das Recht auf Arbeit begründete demnach den Ruf der DDR als vermeintlich vorbildlicher sozialer Staat. Dabei wurde und wird freilich unterschlagen, daß dieses Recht nur durch staatlich festgelegte Löhne und eine zentrale Arbeitskräfteregelung verwirklicht werden konnte.⁵ Letztlich trug der DDR-Versorgungsstaat sogar in erheblichem Maße zum wirtschaftlichen Niedergang und späteren Kollaps des Realsozialismus bei, da die Wirtschaftskraft nicht zu seiner Finanzierung reichte.

Weitere erhebliche Unterschiede gab es in der Infrastruktur, die am Vorabend der Vereinigung in der DDR ebenso hoffnungslos veraltet und weitgehend verschlissen war wie der industrielle Maschinenpark. Die DDR wirtschaftete ohne Rücksicht auf Umwelt und Lebensbedingungen, so daß die Belastung und Zerstörung der Umwelt europäische Spitzenwerte erreichte. Die schlechten ökologischen Bedingungen führten zusammen mit der Zunahme gesundheitsgefährdender Ernährungsweisen, dem mitunter exzessiven Alkoholgenuß und einer vergleichsweise unzureichenden medizinischen Versorgung zu einer gemessen an der Bundesrepublik niedrigeren Lebenserwartung.

Auch in der privaten Lebensführung existierten systembedingte Unterschiede. Vor allem die kollektive Sozialisation hatte in der DDR einen erheblich höheren Stellenwert. Sie prägte den Alltag einer Familie nahezu von der Wiege bis zur Bahre. Die äußeren Bedingungen führten nicht selten zu einer weitgehenden Gleichförmigkeit der Lebensplanung, deren sichtbarer Ausdruck vergleichsweise frühe Eheschließungen und Erstgeburten waren. Die Zahl der Hochzeiten und vor allem der Scheidungen übertraf in den achtziger Jahren die bundesdeutschen Werte. In Westdeutschland lebten mehr Singles, in Ostdeutschland mehr Alleinerziehende im eigenen Haushalt; darüber hinaus war der Anteil der Zweit- und Drittehen in der DDR deutlich höher.⁶

Während in der Bundesrepublik der wirtschaftliche und soziokulturelle Entwicklungsprozeß mit einer schnellen Verstärkerung einherging, konservierte sich in der DDR die Stadt-Land-Verteilung der Bevölkerung in erstaunlichem Maße. Zwar läßt sich auch dort mit dem relativen Bedeutungsverlust der Landwirtschaft eine Zunahme der Bevölkerung in mittleren und größeren Städten feststellen, aber die Wanderungsbewe-

⁴ Vgl. Zacher, Hans F.: Grundlagen der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Bundesarchiv (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 1, Baden-Baden 2001, S. 333 ff.

⁵ Vgl. Schmidt, Manfred G.: Grundlagen der Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Ebd., S. 685 ff.

⁶ Vgl. Schneider, Norbert F.: Familie und private Lebensführung in West- und Ostdeutschland. Stuttgart 1994.

gung verlief langsamer. Die Verteilung der Bevölkerung auf unterschiedliche Gemeindegroßen ähnelte 1989 in der DDR der der Bundesrepublik Anfang der sechziger Jahre.⁷

Die DDR war Zeit ihrer Existenz „deutscher“ als die Bundesrepublik, jedenfalls in dem Sinn, daß bestimmte Tugenden, überlagert mit sozialistischen Formeln, erhalten blieben. Nach der Öffnung der Grenze stellten Westdeutsche erstaunt fest, daß sie in den Umgangs- und Verhaltensformen der Ostdeutschen ihren eigenen von vor 20 bis 25 Jahren entsprachen. Der förmliche Umgang untereinander, das Händeschütteln, die Sonntagskleidung etc. waren in vielen Bevölkerungskreisen mit dem kulturellen Umschwung der sechziger Jahre und der Anpassung an amerikanische Standards aus dem Alltagsleben verschwunden. Aus der umgekehrten Blickrichtung erschienen die Westdeutschen den Ostdeutschen wie 20 bis 25 Jahre zuvor die Amerikaner den Westdeutschen: mit lässigem Auftreten, oberflächlichem Gerede und einem ausgeprägten Hang zur Selbstdarstellung.⁸

Angesichts der beschriebenen Ausgangslage, dem zunehmenden Zerfall staatlicher Autorität in der DDR seit dem Frühjahr 1990 und der weiter anschwellenden Wanderung von Ost nach West gab es kaum eine Alternative zur schnellen Vereinigung.

Wohlstandsexplosion ohne wirtschaftliches Fundament

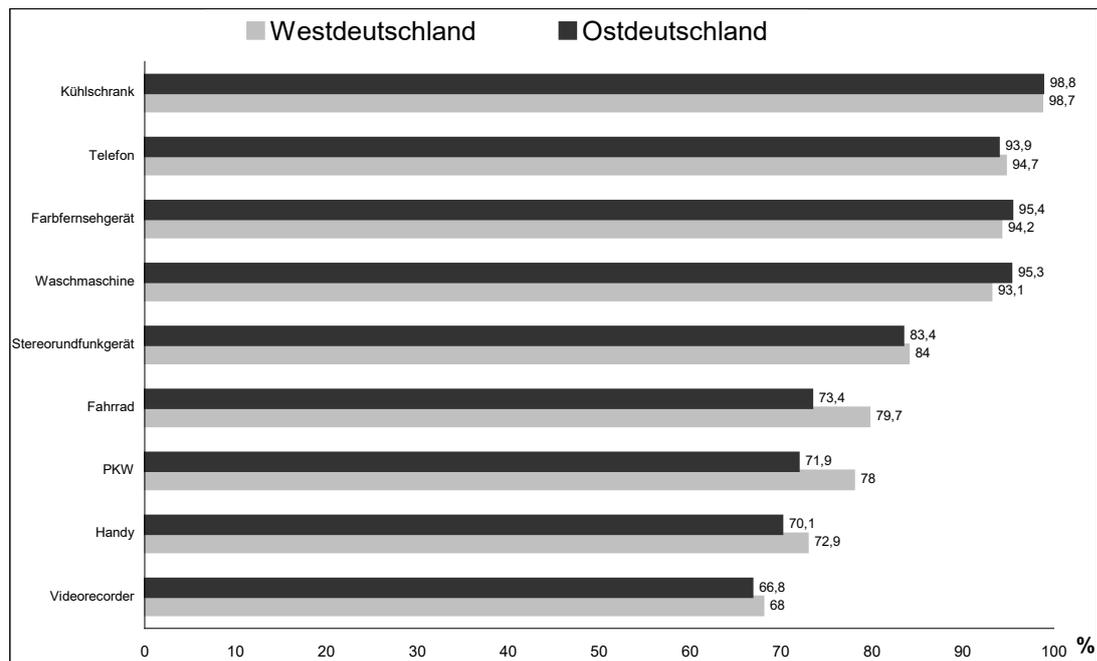
Entgegen der Vermutung einer breiten Öffentlichkeit hat sich für etwa drei Viertel bis vier Fünftel der ostdeutschen Haushalte schon seit Mitte der neunziger Jahre eine weitgehende materielle Wohlstandsangleichung vollzogen. Diese Wohlstandsexplosion, die von vielen anscheinend als Selbstverständlichkeit angesehen wird, ist ohne Beispiel in der Geschichte. Zwar liegen die Individuallöhne in vielen Bereichen immer noch unter dem westdeutschen Niveau, aber bezogen auf die Durchschnittseinkommen erreichte der ostdeutsche Haushalt real schon 1995 etwa neunzig Prozent des westdeutschen Niveaus.⁹ Seither stagniert die Einkommensentwicklung, so daß der materielle Abstand zum Westen in etwa gleich geblieben ist. Die nahezu vollständige Angleichung der ostdeutschen Haushalte wird anhand einer Betrachtung von Ausstattungsmerkmalen wie PKW, Fernsehgeräte, Waschmaschinen, Telefonanschlüssen etc. deutlich; nennenswerte Unterschiede sind nicht mehr zu verzeichnen.

⁷ Vgl. Schroeder, Klaus: Der Preis der Einheit. Eine Bilanz. München 2000, S. 108 f.

⁸ Vgl. Schroeder, Klaus: Wächst jetzt zusammen, was nicht zusammengehört? Anmerkungen zum Wandel der DDR-Gesellschaft. Berlin 1991 (apt-papers 7/1991).

⁹ Vgl. Ifo Dresden berichtet 6/2001.

Schaubild 1: Ausstattung der Haushalte



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Differenz im durchschnittlichen Einkommen und in der Einkommensverteilungsstruktur verdankt sich zudem den etwa fünf Prozent reichsten Haushalten in der alten Bundesrepublik. Ohne diese Gruppe decken sich inzwischen in etwa sowohl die Verteilungsstruktur wie das durchschnittliche reale Haushaltsnettoeinkommen, wobei in der öffentlichen Diskussion zumeist übersehen wird, daß es immer noch ein Preisniveauunterschied von geschätzten 6,6 Prozent zwischen Ost und West gibt.¹⁰ Nennenswerte Unterschiede bestehen freilich in der Vermögensstruktur, die systembedingt zu Beginn der Vereinigung weit auseinander lag. Allerdings haben die ostdeutschen Haushalte auch auf diesem Feld beträchtlich aufgeholt. Lagen 1990 die ostdeutschen Geldvermögen in etwa bei einem Fünftel des westdeutschen Niveaus, sind sie derzeit bei etwas über der Hälfte angelangt. Die dem Vermögen geschuldeten Einkommen bilden den Hauptfaktor der noch verbliebenen materiellen Differenz zwischen West und Ost. Diese Lücke wird sicherlich noch auf absehbare Zeit nicht zu schließen sein und – bezogen auf die nächste, die Erbgeneration – diese Dimension materieller Ungleichheit perpetuieren.

Die eigentliche Dimension dieser Wohlstandsentwicklung wird erst vor einem vergleichenden historischen Hintergrund richtig deutlich: Die ostdeutschen Haushalte starteten zum Zeitpunkt der Vereinigung kaufkraftbereinigt in etwa auf einem Niveau, welches ein durchschnittlicher westdeutscher Haushalt Ende der fünfziger Jahre erreicht hatte. Mitte der neunziger Jahre waren sie real und in der Haushaltsausstattung ungefähr auf dem Westniveau Anfang der neunziger Jahre angelangt; das heißt, sie haben in kurzer Zeit einen Wohlstandssprung von über dreißig Jahren vollzogen.

¹⁰ Vgl. Wirtschaft im Wandel 8/2004, S. 235.

Unterschiedliche Arbeitsmärkte

Die in Ostdeutschland seit Ende der neunziger Jahre verglichen mit westdeutschen Werten etwa doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wird in der öffentlichen Diskussion als ein weiterer Beleg für ungleiche Lebensverhältnisse gewertet, ja von den meisten sogar als das wichtigste Problem des Ostens angesehen. Die mit etwa zwanzig Prozent auf einem sozial bedenklichen Niveau befindliche Arbeitslosenquote ist schlichtweg inakzeptabel; zumindest hierüber dürfte Einigkeit bestehen. Sie resultiert aber weniger aus einer den Osten benachteiligenden Vereinigungspolitik als aus der Fortsetzung struktureller Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt, auf die die Politik bisher falsch reagiert hat.

Aufgrund des marxistisch-leninistischen Selbstverständnisses der SED, wonach erst Arbeit den Menschen adelt, und der niedrigen Produktivität lagen die Erwerbsquoten in der „Arbeitsgesellschaft DDR“ weltweit an der Spitze.¹¹ Der ostdeutsche Arbeitsmarkt brach nach der Vereinigung nahezu über Nacht zusammen. Dies war vor allem zwei Faktoren geschuldet: einerseits der Übertragung der westdeutschen Sozial- und Wirtschaftsordnung ohne Berücksichtigung der ostdeutschen Eigenheiten und andererseits dem Beschluß der RGW-Staaten vom Januar 1990, ab Januar 1991 ihre wirtschaftlichen Transaktionen nur noch in konvertibler Währung abzuwickeln. Damit entfiel der wichtigste Grund, untereinander Handel zu treiben, was vor allem die DDR-Exportwirtschaft betraf. Auch ohne die Vereinigung wäre insoweit die ostdeutsche Wirtschaft empfindlich getroffen worden.

Die Zahl der Erwerbstätigen ging in Ostdeutschland innerhalb von drei Jahren um etwa drei Millionen zurück. Heute liegt die Zahl der Erwerbspersonen bei knapp acht Millionen, von denen 6,3 Millionen erwerbstätig und die anderen arbeitslos bzw. arbeitssuchend sind. Betrachtet man jedoch die Erwerbstätigenquote und das geleistete Arbeitsvolumen, zeigt sich erstaunlicherweise ein nur geringer Unterschied zu Westdeutschland. Die im Osten etwa doppelt so hohe Arbeitslosenquote resultiert, wie die Daten in Tabelle 1 offenbaren, insbesondere aus der immer noch erheblich niedrigeren Erwerbsneigung vor allem der westdeutschen Frauen und der wesentlich geringeren Teilzeitarbeitsquote im Osten. Während dort nur etwa jeder siebte teilzeitbeschäftigt ist, ist es in den alten Bundesländern knapp jeder vierte.¹²

¹¹ Vgl. Schroeder: Der SED-Staat, S. 515 ff.

¹² Vgl. Mikrozensus 2003 des Statistischen Bundesamtes und Daten der Bundesagentur für Arbeit sowie Brautzsch, Hans-Ulrich: „Arbeitsplatzlücke“ im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen. In: *Wirtschaft im Wandel* 11/2004.

Tabelle 1: Beteiligung der Bevölkerung am Erwerbsleben

	1991	1993	1995	1997	1999	2003
Erwerbsquote						
Männer West	60,0	59,3	58,0	57,3	56,9	55,7
Männer Ost	59,9	55,7	57,1	57,6	58,7	58,1
Frauen West	38,8	39,3	39,2	39,6	39,9	41,9
Frauen Ost	50,0	47,7	48,4	48,5	48,5	48,6
Erwerbsquote West	49,1	49,1	48,3	48,2	48,5	48,6
Erwerbsquote Ost	54,7	51,5	52,3	53,0	53,5	53,3

Erwerbstätigenquote						
Männer West	57,3	55,3	53,3	52,1	52,2	50,2
Männer Ost	54,7	48,7	50,5	48,6	49,2	46,6
Frauen West	36,3	36,2	35,7	36,0	37,2	38,3
Frauen Ost	43,2	36,0	37,6	37,4	38,5	38,7
Erwerbstätigenquote West	46,5	45,5	42,8	43,8	44,5	44,1
Erwerbstätigenquote Ost	48,7	42,1	43,6	42,8	43,8	42,6

Teilzeitquote ¹						
Männer West	2,3	2,6	3,2	4,2	4,8	6,1
Männer Ost	1,2	1,3	2,9	2,8	3,6	5,7
Frauen West	34,3	36,1	37,3	39,1	41,2	44,7
Frauen Ost	17,5	16,5	20,7	20,5	22	26,6
Teilzeitquote West	15,4	16,6	17,6	19,3	21,2	23,8
Teilzeitquote Ost	8,9	8,2	11	10,9	12,1	15,6

Arbeitslosenquote ²						
Männer West	5,8	8,0	9,3	11,2	9,9	10,2
Männer Ost	8,5	11,0	10,7	16,6	17,1	20,6
Frauen West	7	8,4	9,2	10,7	9,8	8,3
Frauen Ost	12,3	21,0	19,3	22,5	20,9	19,6
Arbeitslosenquote West	6,3	8,2	9,3	11,0	9,9	9,3
Arbeitslosenquote Ost	10,3	15,8	14,9	19,5	19,0	20,1

Datenbasis: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes und Daten der Bundesanstalt für Arbeit.¹ Teilzeitquote: Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den abhängig Erwerbstätigen. ²Arbeitslosenquote bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

Die Übertragung der Prinzipien des westdeutschen Arbeitsmarktes auf Ostdeutschland konnte aufgrund der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen nicht zu einer Angleichung der Verhältnisse führen. Eine höhere Erwerbstätigenquote könnte im Osten nur dann realisiert werden, wenn – anders als bisher – Produktivität und Lohnkosten in einem angemessenen Verhältnis stünden und die Ausweitung von Beschäftigung erlaubten. Die Forderung nach gleichem Lohnniveau und höherem Beschäftigungsgrad bei immer noch niedrigerer Produktivität von nicht einmal siebzig Prozent des westdeutschen Niveaus ist illusorisch und ließe sich nur gegen die Marktgesetze und unter Ausweitung des ohnehin schon überproportionierten staatlichen Beschäftigungssektors

erreichen. Sinnvoller wäre es, die unterschiedlichen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt in Ost und West zu akzeptieren und entsprechend Einkommen und Arbeit anders zu verteilen. Ein Angleichungsprozeß dürfte eher über eine höhere Erwerbsneigung im Westen entstehen als durch eine niedrigere im Osten. Dem Arbeitsmarkt Ost kommt insoweit eine Vorreiterrolle auch für den Westen zu. Nicht zuletzt aufgrund der Globalisierung und der verschärften Konkurrenz vor allem durch die mittel- und osteuropäischen Länder werden sich in den nächsten Jahren ohnehin schärfere Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt und andere Lohnverhältnisse einstellen, was den meisten in Ost und West derzeit noch nicht klar ist.

Gewinner und Verlierer

Wie bei jeder revolutionären Umwälzung der Verhältnisse gibt es auch im deutschen Vereinigungsprozeß Gewinner und Verlierer. Zunächst profitieren alle Ostdeutschen gleichermaßen von der neu gewonnenen individuellen und politischen Freiheit, auch wenn beileibe nicht jeder diese zu schätzen weiß. Die materielle Situation verbesserte sich gleichsam über Nacht für nahezu alle, wobei der neue Wohlstand ungleich bzw. ungleicher als zuvor verteilt ist. Auch Teile der westdeutschen Bevölkerung sind, obschon die Verhältnisse hier bisher im großen und ganzen blieben, wie sie waren, vom sozialen Wandel zumindest relativ und gerade im Vergleich zur jeweiligen Bezugsgruppe im Osten betroffen.

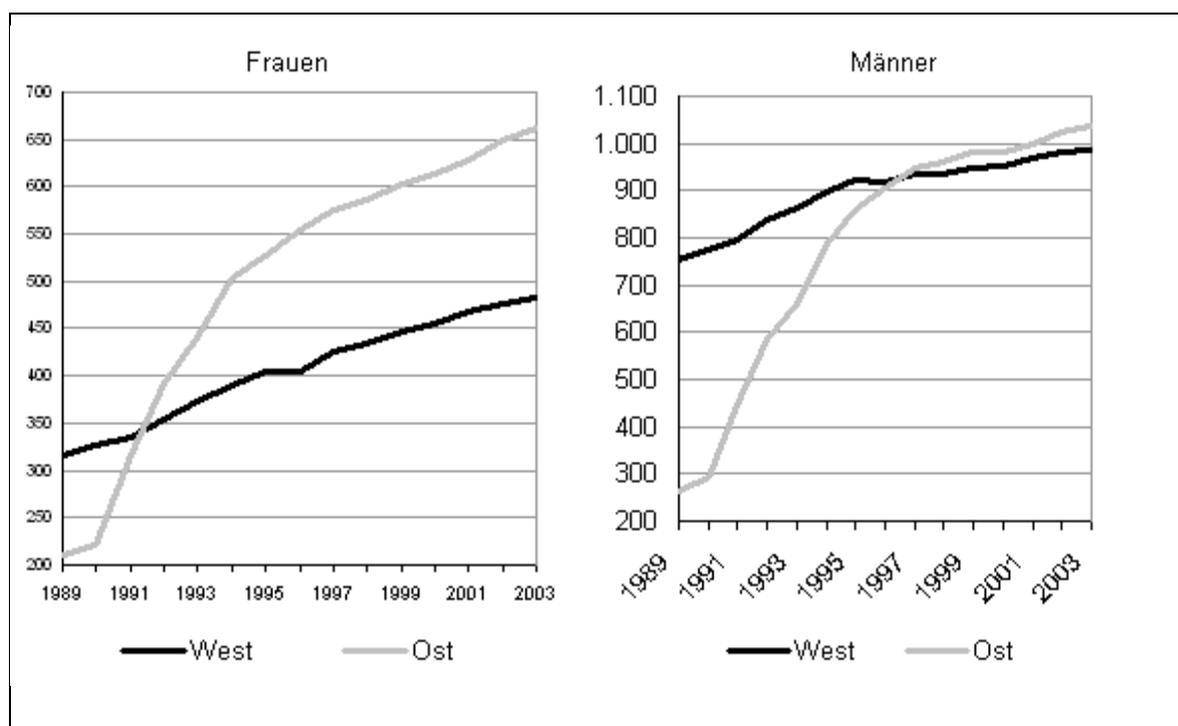
In Ostdeutschland verloren die alte Machtelite und die mit ihr verbundenen privilegierten Schichten, die für die 45jährige Geschichte der Diktatur verantwortlich zeichnen, vor allem an Status und Prestige, was sie mehr als alles andere schmerzt. Jenseits der obersten, zumeist ohnehin im Rentenalter befindlichen ehemaligen Führungsschicht schafften es jedoch nicht wenige „Altkader“, sich unter neuen Verhältnissen bestens einzurichten. Durch intransparente und ungeklärte Finanztransfers sowie die weiter bestehenden und die zu westlichen Partnern erweiterten Beziehungen und Netzwerke gelang es ihnen, vor allem im Wirtschaftssektor, insbesondere im Immobilien-, Versicherungs- und Finanzberatungsgeschäft, Fuß zu fassen. Viele derjenigen, die der DDR bzw. der SED im Staatsdienst treu dienten und nach der Übernahme in gesicherte Beschäftigungspositionen im vereinten Deutschland nun lauthals ihre angebliche Diskriminierung beklagten, sind, verglichen mit der „Normalbevölkerung“, nach wie vor materiell wie statusmäßig privilegiert. Während das Lehrpersonal in den Schulen weitgehend übernommen wurde, verloren im Wissenschafts- und Hochschulbereich viele Beschäftigte ihre Position, wurden entlassen oder in den Ruhestand geschickt. Ihrem Sturz in die Bedeutungslosigkeit suchen nicht wenige seither zu begegnen, indem sie die Vereinigung als Kolonisierungsprozeß beschreiben und ihre eigene Rolle in den Jahren der SED-Diktatur weitgehend verdrängen oder schön schreiben.

Zu den Gewinnern der Einheit zählt vor allem der eher kleine Personenkreis, der in der DDR politischer Verfolgung ausgesetzt oder aus politischen Gründen in seinen individuellen Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt war und sich nicht zur Ausreise in die Bundesrepublik entschlossen hatte bzw. keine Genehmigung hierfür erhielt. Doch die Verhältnisse nach dem Sturz der Diktatur finden selbst in dieser Gruppe keine ungeteilte Begeisterung. Einige frühere Bürgerrechtler fühlen sich im vereinten Deutschland nach wie vor nicht heimisch und hätten eine reformierte DDR vorgezogen; wieder andere finden es skandalös, daß nach der Vereinigung ehemalige Oppositionelle und Opfer erneut eher benachteiligt werden – gerade auch materiell und beruflich. Die Teilnahme von Personen, die maßgeblich an den Demonstrationen gegen die SED-

Diktatur beteiligt waren, an den neuerlichen „Montagsdemonstrationen“ gegen die neuen Sozialgesetze (ALG II) bestätigen diese Einschätzung.

Zu den eindeutigen Gewinnern der Vereinigung bzw. der Sozialunion gehören diejenigen ostdeutschen Rentner, die nicht in früher „staatstragenden“ Berufen beschäftigt waren. Statt dreißig bis vierzig Prozent des durchschnittlichen Arbeitseinkommens – wie in der DDR üblich – beziehen sie heute über achtzig Prozent als gesetzliche Rente. Am Vorabend der Vereinigung lag das Einkommen ostdeutscher Rentnerhaushalte etwa bei einem Drittel ihrer westdeutschen Altersgenossen, die Zeit ihres Arbeitslebens ein Vielfaches an Beiträgen eingezahlt haben. Inzwischen erhalten ostdeutsche Männer eine geringfügig, Frauen eine erheblich höhere monatliche Rente als die westdeutschen Rentner. Obschon die Standardrente, das heißt die monatlichen Bezüge eines Durchschnittsverdieners, nach 45 Jahren versicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit erst bei etwa neunzig Prozent des entsprechenden westdeutschen Wertes liegt, übersteigen die ostdeutschen Renten das westdeutsche Niveau, da DDR-Arbeitnehmer im Durchschnitt über einen längeren Zeitraum erwerbstätig waren.

Schaubild 2: Entwicklung der Renten



Datenbasis: BMGS, Rentenversicherungsbericht, Winkler 1990, Frauenreport '90. Durchschnittliche Zahlbeträge der Versichertenrente in Euro.

Obschon die gesetzlichen Renten im Osten durchschnittlich höher ausfallen, geht es freilich den westdeutschen Rentnern oder zumindest einem großen Teil unter ihnen materiell besser, da sie höhere Einnahmen aus Betriebsrenten und Vermögen haben. Dennoch bleibt festzuhalten, daß wohl keine soziale Gruppe einen derart gewaltigen Wohlstandssprung hinter sich hat wie die Mehrzahl der ostdeutschen Rentner: Ihre Altersrente hat sich seit 1988 nominal in etwa vervierfacht. Dieser Entwicklungssprung innerhalb von 15 Jahren hat bei westdeutschen Rentnern etwa 25 Jahre gedauert.

Weitere Gewinner der Vereinigung sind neben den Arbeitsplatzbesitzern zweifelsohne große Teile der Jugend, die sich nun nicht mehr der zentralistisch vorgeplanten und gesteuerten Ausbildungs- und Berufslenkung unterwerfen müssen, sondern Bildungsweg und berufliche Perspektive – soweit Begabung und Ausbildungsplätze vorhanden sind – frei wählen können. Gleichwohl sind viele von ihnen durch den fehlenden Umgang mit der neu gewonnenen Freiheit und durch die Verunsicherung von Eltern und Lehrern hinsichtlich der notwendigen Orientierungen und Maßstäbe allein gelassen worden. In diese Lücke stießen nicht zuletzt rechtsextreme Gruppen, die neue Gewißheiten und Perspektiven vorgaukeln. Allerdings findet sich nur bei einer kleinen Minderheit ostdeutscher Jugendlicher eine verfestigte rechtsextreme Einstellung.¹³

Zu den Verlierern des Vereinigungsprozesses gehören vor allem die Langzeit-Arbeitslosen, die zwar materiell durch die Sicherungssysteme aufgefangen wurden, sich aber dennoch um Lebenschancen gebracht sehen. Unter einer Entwertung des eigenen sozialen und kulturellen Kapitals leidet insbesondere die Altersgruppe, die unter den gegebenen Arbeitsmarktbedingungen zu alt für einen Neubeginn und eigentlich zu jung für den Vorruhestand war; es ist die Generation der zum Zeitpunkt der Vereinigung 45- bis 55jährigen. Für diese an Erwerbstätigkeit und Aktivität gewöhnten Vorruheständler bedeutet die auch für sie mit der Vereinigung gegebene vergleichsweise materielle Besserstellung als Frührentner nur eine bescheidene Kompensation für den Verlust der Arbeit, die in der DDR stärker als in der Bundesrepublik für viele mehr als einen Gelderwerb darstellte. Bei ihnen besteht der Preis der Freiheit in einem Verlust an Identität, den sie nur schwer überwinden können, zumal ihre westdeutschen Altersgenossen sich zumeist beruflich und materiell auf dem Höhepunkt ihrer Laufbahn befinden.

Letztlich stellt sich die Frage nach den ostdeutschen Verlierern und Gewinnern der Einheit auch hinsichtlich der empirisch überprüfbareren materiellen und sozialen Seite in der Realität weniger deutlich, da die meisten gewonnen und verloren haben. Höhere Löhne und Vermögen, eine bessere Haushaltsausstattung, erweiterte Reisemöglichkeiten etc. gingen zum Teil einher mit dem Verlust an sozialem Status und einer geringeren Planbarkeit des Lebens. Jedenfalls können, abgesehen von der kleinen Gruppe ehemals besonders Privilegierter, keine eindeutigen materiellen und sozialen Verlierer des Vereinigungsprozesses benannt werden. In der subjektiven Wahrnehmung fällt dieses Urteil indes deutlich anders aus.

Obwohl sich im früheren Bundesgebiet zumindest äußerlich wenig änderte, gab es doch auch hier zumindest Teile der Bevölkerung, die durch die Vereinigung erhebliche Nachteile erlitten. Die Stagnation der durchschnittlichen nominalen Einkommen in Westdeutschland führte zu einem Reallohnverlust von etwa fünf Prozent. Im früher vom Bund hochsubventionierten West-Berlin ging die durchschnittliche reale Kaufkraft der Haushalte sogar um über zehn Prozent zurück. Eindeutige Verlierer auf der westdeutschen Seite sind vor allem ehemalige Beschäftigte mit niedrigem bis mittlerem Qualifikationsniveau, die in den ehemaligen grenznahen Regionen und in West-Berlin ihre Arbeitsplätze an Ostdeutsche verloren haben. Diese waren nicht nur höher qualifiziert, sondern auch motivierter und arbeiteten zum Teil auch für untertarifliche Löhne. Sicherlich haben einige Ostdeutsche auch Ausländern die Arbeit „weggenommen“, obschon nicht wenige Ostdeutsche jenseits der Realität dies umgekehrt sehen.

¹³ Vgl. Schroeder, Klaus: Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. Paderborn 2004.

Zu den relativen Verlierern der Vereinigung gehören viele westdeutsche Rentner, da sie in die Rentenkassen erheblich mehr als ihre ostdeutschen Landsleute einzahlen und im Laufe ihres Lebens viele familiäre und soziale Leistungen wie zum Beispiel Kinderbetreuung individuell aufbringen mußten. In der DDR dagegen finanzierte der Staat diese Leistungen. Im vereinten Deutschland werden die Westdeutschen nun mit faktisch niedrigeren Altersrenten „bestraft“. Die relative Schlechterstellung betrifft vor allem die westdeutschen Frauen; sie waren durchschnittlich über erheblich kürzere Zeiträume erwerbstätig und erhalten eine nur bescheidene Rente, weil sie sich in längeren Lebensphasen um Familie und Kinder gekümmert haben. Dies mag in vielen Fällen eine freiwillige Entscheidung gewesen sein; jedoch existierten in der alten Bundesrepublik nicht hinreichend Kinderbetreuungseinrichtungen, die eine Rundumversorgung der Kinder garantierten, so daß die Nichterwerbstätigkeit auch von den sozialen Rahmenbedingungen her notwendig war. Das unterschiedliche Verhältnis von Familie und Kindererziehung in der alten Bundesrepublik und der DDR hatte selbstredend ebenfalls starken Einfluß auf diese Entwicklung.

Selbstverständlich gibt es auch auf der westdeutschen Seite materielle Gewinner des Vereinigungsprozesses. Zumindest kurzzeitig konnte die westdeutsche Wirtschaft, vor allem Banken, Versicherungen und Handelsketten, durch höheres Wachstum und höhere Gewinne von der Einheit profitieren. Nach dem Boom ist hier jedoch wieder Normalität eingetreten. Mit nicht immer feinen Mitteln haben sich westdeutsche Firmen – oft im Schulterschuß mit den westlich dominierten Gewerkschaften – manche unliebsame Konkurrenz aus dem Osten vom Leibe gehalten. Diese Vorgänge gehören zweifelsohne zu den Schattenseiten des deutschen Vereinigungsprozesses.

Keynsianismus pur – Die West-Ost-Transfers

Der für den „Aufbau Ost“ zuständige Bundesminister Manfred Stolpe erklärte bei der Vorstellung des Jahresberichts 2004 zur deutschen Einheit, die jährlichen Transferzahlungen von West nach Ost würden 18 Mrd. Euro jährlich und bisher insgesamt 250 Mrd. Euro betragen. Damit erwähnt er freilich nur die „reinen Sondermittel“ und unterschlägt die tatsächlichen Kosten, die seit der Vereinigung im Jahr 1990 entstanden sind und vor allem über die Sozialversicherungen, den Länderfinanzausgleich und Bundeszuweisungen finanziert werden.

Nur bis 1999 konnten die verschiedenen Transfers Veröffentlichungen der Bundesregierung entnommen werden,¹⁴ und für das Jahr 2003 existiert eine Berechnung der Transferleistungen für die neuen Länder, die vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) durchgeführt wurde.¹⁵ Hiernach sind 2003 brutto 116 Mrd. Euro (83 Mrd. Euro netto) von West nach Ost transferiert worden. Die Bruttotransfers von 1991 bis 2003 schätzt das IWH auf etwa 1,25 Billionen, die Nettotransfers auf etwa 900 Mrd. Euro. Durch ihre Ausrichtung auf die Stärkung der Massenkaufkraft stellen die Transfers nicht zuletzt das umfangreichste Nachfrageprogramm der Geschichte Deutschlands, wenn nicht der Welt dar. Für die hohen Kosten der Vereinigung gibt es freilich gute politische und moralische Gründe angesichts der gemeinsamen verhängnisvollen

¹⁴ Vgl. Schroeder: Der Preis der Einheit, S. 139 und Ragnitz, Joachim: Was kostet die Einheit? Zur Bewertung der Transferleistungen für Ostdeutschland. In: Brümmerhoff, D. (Hrsg.): Kosten und Nutzen der Wiedervereinigung. Baden-Baden 2000, S. 15 ff.

¹⁵ Vgl. IWH Pressemitteilung 21/2003: Wie hoch sind die Transferleistungen für die neuen Länder?

Vorgeschichte, die zur deutschen Teilung führte und die Ostdeutschen in den nachfolgenden Jahrzehnten deutlich stärker belastete.

Werden die Jahre 1990 und 2004 miteinbezogen und wird berücksichtigt, daß die sozialen Transfers in den Berechnungen des IWH nicht nur zu niedrig angesetzt, sondern auch in die Bruttoberechnung schon als Nettowerte eingeflossen sind, ergibt sich für den Zeitraum von 1990 bis 2004 ein Bruttotransfer von über 1,5 Billionen Euro (netto etwa 1,2 Billionen Euro).

Tabelle 2: Transferleistungen für Ostdeutschland (in Mrd. Euro)

	1991	1993	1999	2003	1991-1999	1991-2003	1990-2004
--	------	------	------	------	-----------	-----------	-----------

Bruttoleistungen insgesamt **73,1** **98,2** **99,7** **115,5** **835,4** **ca. 1250** **ca. 1500**

da-
von:

Bund einschließlich EU	40,4	61,9	75,2	82,3 (71,2)	575,7 (68,9)		
Westdeutsche Länder und Gemeinden	2,6	5,1	6,1	13,8 (11,9)	47,0 (5,6)		
Fonds "Deutsche Einheit"	15,8	7,7	x	x	36,3 (4,6)		
Sozialversicherung (netto)	9,7	11,8	18,4	19,4 (16,8)	139,6 (6,7)		
Treuhandanstalt	4,6	11,8	x	x	35,3 (4,2)		

da-
von:

sozialpolitisch motivierte Ausgaben	33,2	53,2	51,1	52,1 (45,1)	426,4 (51)		
Wirtschaftsförderung	2,0	7,7	5,6	10,2 (8,8)	53,2 (6,3)		
wirtschaftsnahe Infrastruktur	9,2	8,7	12,8	14,8 (12,8)	98,2 (11,8)		
ungebundene Zuweisungen	20,4	19,9	24,5	24,0 (20,7)	196,8 (23,6)		
nicht zuzuordnende Mittel	8,7	9,2	5,6	13,8 (11,9)	61,3 (7,3)		
Einnahmen des Bundes in Ostdeutschland	16,9	-	-	-33,2	-205		

Nettoleistungen insgesamt **55,7** **77,2** **73,6** **82,3**
(71,2) **630,4** **ca. 900** **ca. 1200**
(75) **(80)**

Datenbasis: Berechnungen des IWH und Angaben des BMF und MMWi. In Klammern die Anteile an der Bruttotransferleistung. Von 1990 bis 2004 eigene Schätzung.

Eine genauere Berechnung wird insoweit vor allem im Bereich der sozialen Transfers eher noch höhere Summen ausweisen als bisher bekannt. Am Beispiel des Jahres 2003 kann dies ansatzweise verdeutlicht werden. Für soziale Belange wurden laut IWH 52 Mrd. Euro transferiert. In die Schätzung gingen zum Beispiel für die Rentenversicherung 16,5 Mrd. Euro ein. Tatsächlich beträgt die Differenz zwischen den Ausgaben der Rentenversicherung in den neuen Ländern und den Beiträgen ostdeutscher Arbeitnehmer etwa 26 Mrd. Euro, die direkt oder indirekt vom westdeutschen Beitragszahler aufgebracht wurden. Hinzu kommen etwa 1,6 Mrd. Euro Bundesanteil (von insgesamt etwa 4 Mrd. Euro) für die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme Privilegierter der DDR; mithin fließen allein im Bereich der Rentenversicherung gut 11 Mrd. Euro mehr als vom IWH geschätzt von West nach Ost. Auch im Bereich der Arbeitsförderung und vor allem in der Gesundheitsversorgung dürften die Transfers höher ausfallen.

Die zur Berechnung des Nettotransfers ermittelten Steuereinnahmen des Bundes in Ostdeutschland scheinen dagegen mit 33 Mrd. Euro, das heißt etwa fünfzehn Prozent Anteil an den Bundessteuern, zu hoch angesetzt. Tatsächlich dürften die ostdeutschen Beiträge eher bei 20 Mrd. als bei 30 Mrd. Euro liegen. So beträgt zum Beispiel der Anteil des Ostens bei den Lohnsteuern und der veranlagten Einkommenssteuer sowie beim Solidaritätszuschlag nur etwas über vier Prozent, bei der Umsatzsteuer etwa zehn Prozent, bei der Körperschaftsteuer ein Prozent und beim Zinsabschlag nicht einmal zwei Prozent. Insgesamt dürfte der Anteil der neuen Länder an den Steuereinnahmen des Bundes bei etwa acht bis zehn Prozent liegen. Überschlägig geschätzt liegen damit die Bruttotransfers im Jahre 2003 etwa bei 130 Mrd. Euro und die Nettotransfers bei ca. 110 Mrd. Euro.¹⁶

Die über Bund, Länder und Gemeinden sowie die Sozialversicherungen abgewickelten Transfers werden freilich nicht von allen Beschäftigten im Westen gleichermaßen getragen. Beamte und Selbständige leisten ihren Zwangsbeitrag nur über die Steuern, die unteren Einkommensklassen zahlen kaum Steuern und weniger Sozialbeiträge, die ganz Reichen schaffen ihr Geld ins Ausland. Der Hauptfinanzier der Vereinigung sind die oberen mittleren Einkommensklassen zwischen 3000 und 6000 Euro Bruttomonatseinkommen. Bei ihnen belaufen sich durch vereinigungsbedingte höhere Steuern, den Solidaritätsbeitrag und höhere Beiträge zu den Sozialversicherungskassen die monatlichen Vereinigungskosten auf einen nennenswerten Betrag. Die Wohlfahrtsverluste des Westens durch die Vereinigung drücken sich zudem in einem realen Einkommensverlust seit der Vereinigung aus, der etwa fünf Prozent ausmacht, wobei die ehemals hochsubventionierten Beschäftigten in West-Berlin mit einem Minus von über zehn Prozent die materiellen Hauptverlierer der Vereinigung sind.

Die Westdeutschen haben mehrheitlich diese Kosten vielleicht nicht mit Freude, aber doch auch ohne großen Protest getragen, auch wenn derzeit etwa jeder zweite Westdeutsche die Transferzahlungen für zu hoch hält. Einen besonders kritischen Blick auf die finanziellen Zuweisungen in den Osten werfen die Bayern, die Altersgruppe der 40- bis 49jährigen und Personen mit geringem Einkommen. Unter dieser sozialen Gruppe hält etwa jeder zweite die Ostdeutschen für undankbar und knapp sechzig Prozent glauben, daß die Mehrheit der Ostdeutschen zu wenig Rücksicht auf die Probleme der Westdeutschen nimmt.¹⁷ Angesichts der starken monatlichen Belastungen und der realen Wohlstandsverluste seit Beginn der Vereinigung ist es um so ärgerlicher, wenn

¹⁶ Vgl. Bundesministerium der Finanzen: Ergebnis der 123. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ vom 11.–13. Mai 2004 in Gotha.

¹⁷ Vgl. die Umfrage von TNS Emnid. In: Die Welt vom 3.9.2004.

etwa zwei Drittel der Ostdeutschen den Westdeutschen unterstellen, ihnen ginge es nur ums Geld.¹⁸

Stimmung erheblich schlechter als die Lage

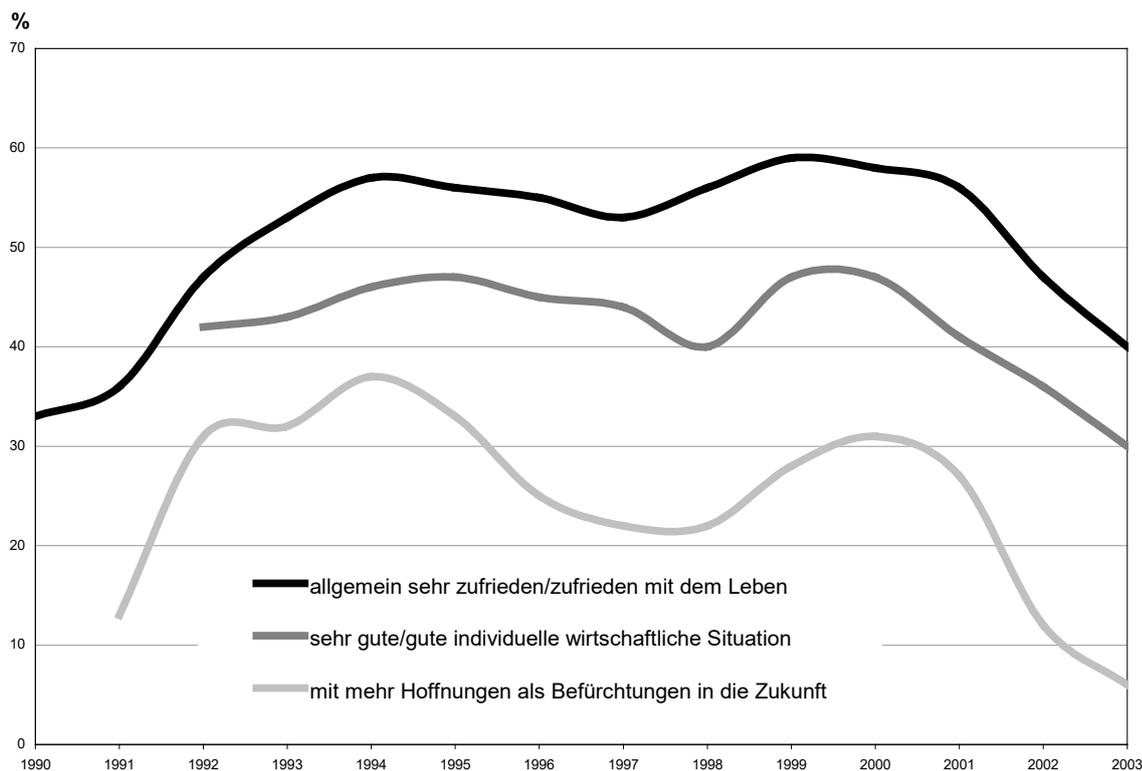
Die anfänglich euphorische Stimmung über den Fall der Mauer und die nachfolgende schnelle Vereinigung ist seit Mitte der neunziger Jahre umgeschlagen und hat sich seitdem im Trend weiter verschlechtert. Inzwischen haben die allgemeine Lebenszufriedenheit und die Identifikation mit dem deutschen Gesellschaftssystem bei vielen Ostdeutschen einen Tiefpunkt erreicht. Sie beurteilen ihre Lage weniger an den erreichten Erfolgen als vielmehr an den eigenen gestiegenen Ansprüchen und dem vermuteten Wohlstandsniveau in Westdeutschland. Da sie aber den Wohlstand und seine Verteilung dort bei weitem überschätzen und sich infolgedessen eher an der Oberschicht als am Durchschnitt orientieren, entstehen Enttäuschungen, die sich in Wut und bisweilen sogar in Haß entladen.

Die Erfolge der Vereinigung werden geringgeschätzt, die Schattenseiten verallgemeinert und die Ausgangsbedingungen vergessen. Eine breite Mehrheit der Ostdeutschen ist unzufrieden und sieht jenseits der Reisefreiheit und des Warenangebots kaum noch Gewinne der Einheit, sondern vor allem Verluste bei Arbeit, sozialer Sicherheit, selbst im Gesundheitswesen und bei der Politik.¹⁹ Laut *Sozialreport 2004* bewerten nur 35 Prozent der Ostdeutschen die deutsche Einheit letztlich als einen Gewinn, vornehmlich Verluste sehen dreißig Prozent. Nur eine kleine Minderheit von elf Prozent betrachtet die Einheit vor allem als Gewinn.

¹⁸ Vgl. Elisabeth Noelle: Mehr miteinander sprechen. In Deutschland will nicht zusammenwachsen, was zusammengehört. In: FAZ vom 21.7.2004.

¹⁹ Vgl. Sozialreport 2004 – Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Hrsg. von Gunnar Winkler. Berlin 2004; Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004.

Schaubild 3: Zufriedenheit mit den Lebensverhältnissen in Ostdeutschland



Datenbasis: Sozialreport 2004.

Sechzig Prozent der Bewohner der neuen Länder fühlen sich im Vergleich zu anderen, insbesondere westdeutschen Mitmenschen ungerecht behandelt bezüglich ihres Lebensstandards. Besonders die Altersgruppe der 50- bis 65jährigen und die Arbeitslosen teilen diese Auffassung, aber selbst bei den 18- bis 34jährigen ist es noch jeder zweite.²⁰ Erstaunlicherweise findet sich diese im Vergleich zum Westen deutlich höhere Lebensunzufriedenheit auch bei sozialen Gruppen wie Arbeitslosen und Beziehern niedriger Einkommen, die in etwa unter gleichen materiellen Bedingungen wie ihre Westpendants leben.²¹

Sogar die Rentner, die zu den materiellen Hauptgewinnern der Vereinigung zählen, beklagen zu fast zwei Dritteln, daß sie nicht den gerechten Anteil für ihre Lebensleistung erhielten.²²

Je mehr die DDR verblaßt und unerfüllbare Ansprüche das Denken bestimmen, desto stärker sinkt die Zufriedenheit der Ostdeutschen mit der freiheitlichen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft. Der Anteil derer, die sich mit der praktizierten Demokratie in der Bundesrepublik identifizieren, fiel von vierzig auf dreißig Prozent; nicht einmal jeder fünfte bewertet das Wirtschaftssystem positiv.

²⁰ Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004, S. 474.

²¹ Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004, S. 474. Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004, S. 462 f.

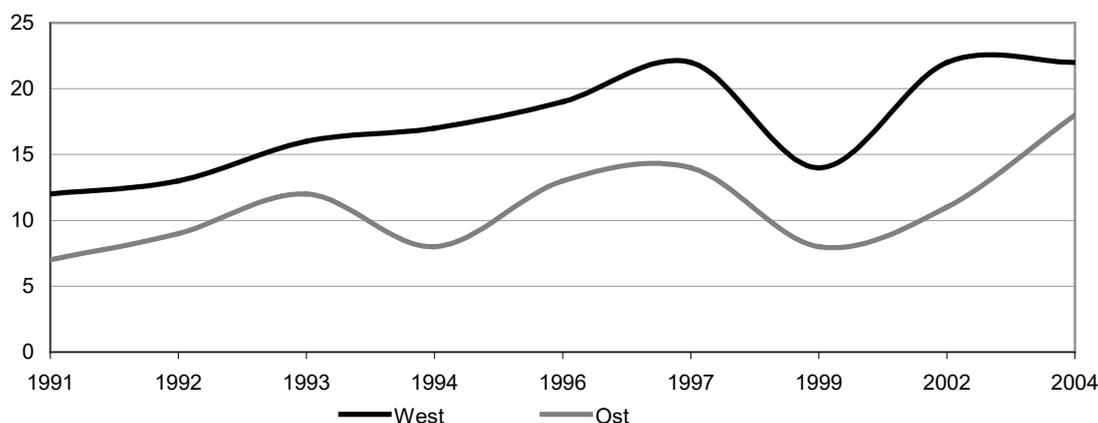
²² Vgl. Sozialreport 2004, S. 201.

Befindlichkeiten

Nur jeder fünfte Ostdeutsche fühlt sich laut *Sozialreport 2004* als echter Bundesbürger. Zurück in die DDR oder eine neue Mauer errichten will indes nur eine Minderheit von etwa fünfzehn Prozent. Bei der Mehrheit überwiegen Verunsicherung und Identitätsverluste – eine gefährliche Gemengelage für politische Rattenfänger, wie die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im September belegt haben.

Gleichzeitig schneidet die DDR, je länger ihr Untergang zurückliegt, im Urteil der Menschen immer besser ab. So findet eine wachsende Anzahl (vierzig Prozent) im nachhinein die Verhältnisse, die in der DDR geherrscht haben, ganz erträglich; ebenfalls vierzig Prozent halten sie immer noch für unerträglich. Die nostalgische Verklärung der DDR findet auch Ausdruck in der Zustimmung zur Allensbach-Aussage „Wir waren alle gleich, und wir hatten Arbeit. Darum war es eine schöne Zeit (in der DDR)“. 54 Prozent schlossen sich 2004 dieser Auffassung an, nur achtzehn Prozent verneinten das Statement.²³

Schaubild 4: Lieber keine Wiedervereinigung?



Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach. Zustimmende Angaben in Prozent

Im Westen, wo die Zustimmung zur Vereinigung immer geringer als im Osten ausfiel und wo derzeit jeder vierte lieber die Mauer wieder hochziehen würde,²⁴ scheint die Stimmung seit den massiven Protesten gegen Hartz IV im Osten gekippt zu sein. Eine vornehmlich die Interessen des Westens vertretende Partei hätte – spiegelbildlich zur PDS argumentierend – derzeit bestimmt ein Wählerpotential von zehn bis fünfzehn Prozent der Stimmen. Das Agieren einer derartigen Partei würde die Gräben in Deutschland sicherlich noch vertiefen und zur weiteren Polarisierung beitragen. Um so wichtiger ist es, die wechselseitigen Fehlwahrnehmungen auszuräumen und die gemeinsamen Herausforderungen anzugehen.

Ost- und Westdeutsche sind sich – glaubt man den Umfrageergebnissen – bisher weitgehend fremd geblieben; nur jeweils etwa achtzehn Prozent gaben an, die „Brüder und Schwestern“ im anderen Teil des Landes stünden ihnen nahe. Dies entspricht in der gleichen Umfrage der Nähe zu Österreichern. Als „weniger nah“ definierten in beiden

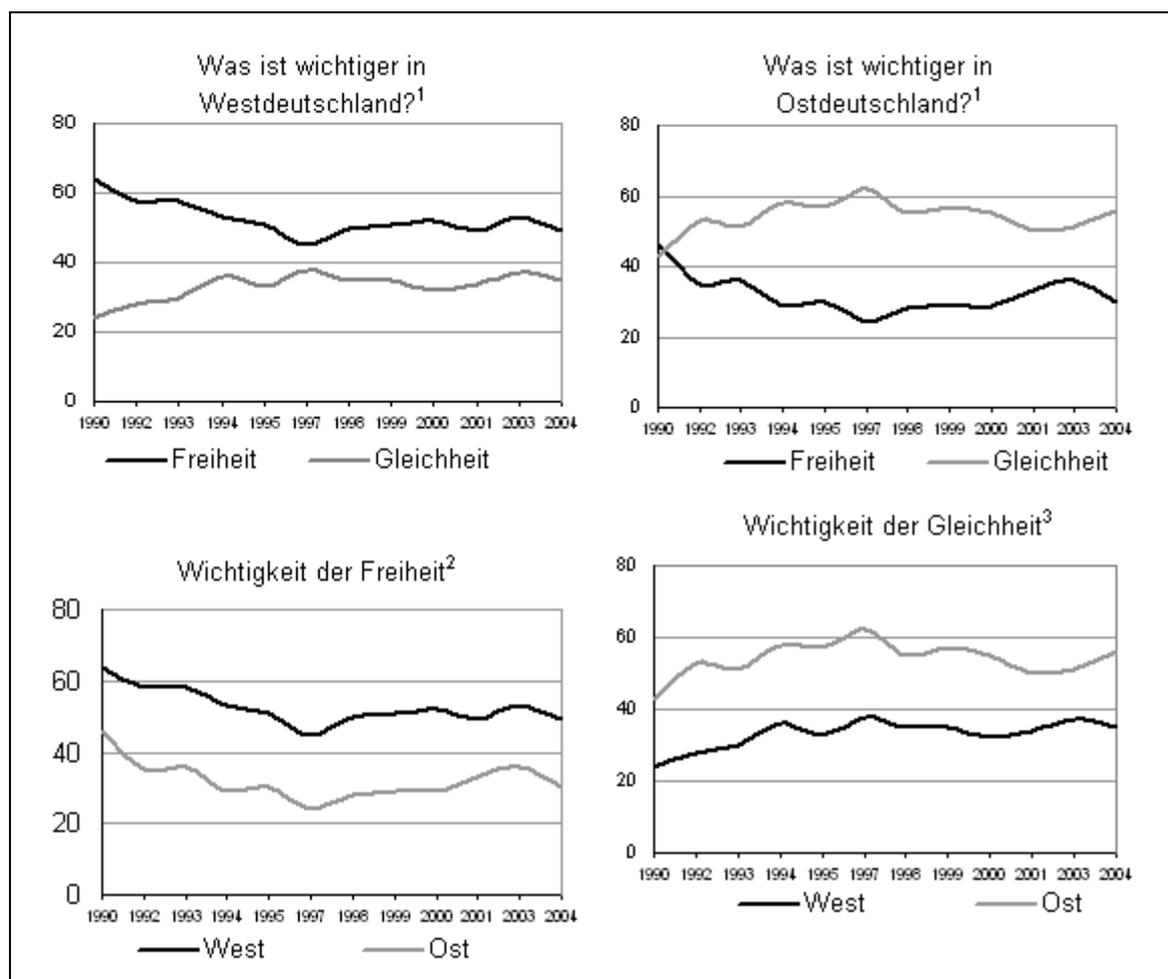
²³ Vgl. die diesbezüglichen Umfrageergebnisse des Instituts für Meinungsforschung Allensbach.

²⁴ Vgl. Stern 38/2004, S. 52.

Landesteilen 41 Prozent den jeweils anderen. Jeder vierte Westdeutsche und jeder fünfte Ostdeutsche gaben sogar an, die Landsleute seien ihnen fremd geblieben.²⁵

Die Unterschiede im Werteverständnis von Ost- und Westdeutschen werden insbesondere deutlich, wenn es um die Alternative Freiheit und Gleichheit geht. Die Ostdeutschen halten die Gleichheit, die Westdeutschen die Freiheit für wichtiger; jeder dritte Ostdeutsche würde, vor diese Alternative gestellt, für die Freiheit votieren, knapp sechzig Prozent für die Gleichheit.²⁶

Schaubild 5: Freiheit oder Gleichheit?



Datenbasis: Institut für Demoskopie Allensbach. Aussagen: ¹ „Wenn ich mich entscheiden müsste, ist mir die Freiheit/Gleichheit wichtiger“² „Wenn ich mich entscheiden müsste, ist mir die Freiheit wichtiger“³ „Wenn ich mich entscheiden müsste, ist mir die Gleichheit wichtiger“

Teile anfangs noch eine große Mehrheit der Deutschen in Ost und West die Auffassung Willy Brandts, nun wachse zusammen, was zusammengehöre, hat sich vierzehn Jahre nach der Vereinigung auch diese Einschätzung gewandelt. 56 Prozent der Deutschen erklärten im September, daß zwischen Ost und West die Unterschiede überwie-

²⁵ Vgl. die diesbezüglichen Umfrageergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach.

²⁶ Vgl. die Umfragedaten des Instituts für Meinungsforschung Allensbach.

gen, während nur 40 Prozent die Gemeinsamkeiten als das Vorherrschende bezeichneten.²⁷ Vom Zusammenwachsen der Deutschen und vom Erfolg der Einheit überzeugt waren infolgedessen im Juli 2004 nur noch 54 Prozent der West- und 44 Prozent der Ostdeutschen. Etwas mehr als jeder vierte im Westen und jeder dritte im Osten gaben sogar an, die Situation in Deutschland sei immer noch wie in zwei getrennten Staaten.²⁸

Woher rührt nun diese Unzufriedenheit mit der Vereinigung? In Westdeutschland sind es zweifellos die hohen Vereinigungskosten und die Wohlfahrtsverluste sowie das demonstrative Unbehagen vieler Ostdeutscher an der Einheit, die zu einem negativen Bild über die Vereinigung führen. In Ostdeutschland scheinen die weitverbreitete Unzufriedenheit und die Ablehnung des (west-)deutschen Gesellschaftssystems nicht nur auf der materiellen Dimension zu beruhen, sondern auch sozialpsychologischer Natur zu sein.

Viele Ostdeutsche betrachten den jetzigen Wohlstand nur zum Teil als selbst erarbeitet, zum anderen Teil aber als geschenkt. So konnte bei vielen kein eigenes Selbstbewußtsein entstehen; sie betrachten sich eher als Verlierer und als Bürger zweiter Klasse (etwa achtzig Prozent). Dieses Dilemma läßt sich leider nicht auflösen. Im Raum steht die Alternative: entweder weniger Transfers und damit einhergehend weniger Wohlstand, aber vielleicht mehr Selbstbewußtsein, oder wenig Selbstbewußtsein und weiterhin hohe Transfers und Wohlstand.

Fazit

Das sich jetzt offenbarende Hauptproblem der Vereinigung liegt in ihrer Vermittlung über materielle Transfers, die trotz ihres immensen Umfangs keinen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung eingeläutet haben. Das Scheitern keynesianischer Nachfragepolitik wurde selten deutlicher sichtbar. Die Zustimmung zur Vereinigung und zur übertragenen Gesellschaftsordnung wurde von Beginn an stark mit erhofften Wohlfahrtsgewinnen verbunden, ohne die dafür erforderlichen Gegenleistungen und Risiken ausdrücklich zu thematisieren. Da die Ansprüche von vornherein überhöht waren und die Politik dem nicht energisch widersprach, sondern weitere Wohlstandssteigerungen in Aussicht stellte, konnte der Katzenjammer nicht ausbleiben, als Mitte der neunziger Jahre die Entwicklung stagnierte.

Die Vereinigungsbilanz zeigt insoweit nach vierzehn Jahren in der Gesamtschau ein widersprüchliches Bild: Wir leben nun in einem gemeinsamen Staat, der für alle gleiche Rechte garantiert. Gleichzeitig verfügt die breite Masse der Bevölkerung in Ost und West inzwischen über annähernd gleiche materielle Ressourcen. So gesehen ist die „innere Einheit“ inzwischen erreicht, aber andererseits sind sich die Deutschen in Ost und West immer noch weitgehend fremd geblieben, ja der Graben scheint in den letzten Jahren eher größer geworden zu sein. Es fehlt vor allem an der Akzeptanz unterschiedlicher Lebensläufe und Einstellungen. In ihrem Selbstverständnis, ihrer sozialen Struktur und der Mentalität von großen Teilen der Bevölkerung unterscheiden sich die beiden Teilgesellschaften nach wie vor deutlich. Die generelle Differenz von Ost zu West ist so groß, daß sie derzeit noch die jeweiligen Binnendifferenzierungen überlagert.

²⁷ Vgl. Umfrage des ZDF-Politbarometers vom 24.9.2004.

²⁸ Vgl. die diesbezüglichen Umfrageergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach.

Dennoch fällt die materielle Vereinigungsbilanz insgesamt gesehen positiver aus, als es die öffentliche wie die wissenschaftliche Diskussion suggerieren. Jenseits davon bestehen aber erhebliche Probleme fort. Noch sind wir ein Staat mit zwei Teilgesellschaften, die gemeinsamen Bezüge sind unterentwickelt. Angesichts globaler Herausforderungen kann sich dies als Schwäche erweisen. Die Deutschen in Ost und West sollten sich zukünftig stärker um eine gemeinsame Identität und einen pluralistischen Wertekonsens bemühen. Dazu gehören die stärkere Betonung der Gemeinsamkeiten und der Versuch, das Trennende zu überwinden. Auch können wir mit einigem Recht auf das in den letzten vierzehn Jahren zusammen Geschaffene durchaus stolz sein.